

17. Wahlperiode

Antrag

der Fraktion Die Linke

Gerechtigkeit beim Schülerticket!

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass Schülerinnen und Schüler mit dem Wohnort Berlin, die im Land Brandenburg zur Schule gehen, das Schülerticket zum selben Preis erhalten wie er für Berliner Schülerinnen und Schüler gültig ist, d.h., dass eine Anpassung an den in Berlin gültigen Abonnementpreis erfolgt.

Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 30.06.2016 zu berichten.

Begründung:

Im Schuljahr 2013/14 besuchten 1270 Schülerinnen und Schüler mit dem Wohnort Berlin Brandenburger allgemeinbildende oder berufliche Schulen in öffentlicher Trägerschaft, 2168 Schülerinnen und Schüler Schulen in privater/freier Trägerschaft. Aus Brandenburg besuchten 5271 Schülerinnen und Schüler eine allgemeinbildende oder berufliche Schule in öffentlicher Trägerschaft in Berlin, 3422 Schülerinnen und Schüler Schulen in privater/freier Trägerschaft (vgl. DS 17/13680).

Für die einpendelnden Schülerinnen und Schüler nimmt das Land Berlin p.a. eine durch das Gastschülerabkommen geregelte jährlich angepasste Ausgleichszahlung ein. Für das Schuljahr 2013/14 waren das ca. 11,6 Millionen Euro.

Die auspendelnden Schülerinnen und Schüler entlasten das Land Berlin außerdem bei der Bereitstellung von Schulplätzen, Personal und Kosten.

Die Familien der auspendelnden Schülerinnen und Schüler zahlen dafür einen hohen Preis.

Während im Tarifbereich AB jährlich im Abonnement 275 Euro fällig werden, sind im Tarifbereich BC 620 Euro zu bezahlen und im Tarifbereich ABC sogar 754 Euro.

Auch die Geschwisterkarte für 18 Euro monatlich gibt es nur im Tarifbereich AB in Berlin.

Diese Regelungen sind sozial ungerecht und nicht nachvollziehbar.

Berlin, den 12. Mai 2016

U. Wolf Kittler H. Wolf
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Die Linke